



Freie Wähler Speyer

ehemals Bürgergemeinschaft Speyer

Speyer, den 24. März 2025

Anfrage und Antrag zum Thema übergroßer Podest am Postplatz

*Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrte Damen und Herren,*

bereits im Jahr 2018 hat der Rat der Stadt Speyer prinzipiell einem Vorschlag des damaligen Betreibers der Postgalerie zugestimmt, vor dem Haupteingang in Höhe des Erdgeschosses eine Plattform zu bauen. Auf die von Westen entlang des Gebäudes eine sanft ansteigende Rampe führen sollte, gut für alle Kunden einschließlich der Rollstuhlfahrer, der Menschen mit Rollator und mit Kinderwagen. Weiter waren vorgesehen eine Treppe von Süden auf diese Eingangsplattform ähnlich der am Mediator und östlich des Eingangs ein kleines Außenpodest für Gastronomie, dass genug Platz gelassen hätte für den großen Fußgängerverkehr dort.

Im Jahr 2023 wurde von der Oberbürgermeisterin ohne vorherige Änderung des Ratsbeschlusses ein Außenpodest der Postgalerie nur für gastronomische Zwecke genehmigt, das erheblich großflächiger war, bei dem aber die barrierefreie Rampe von Süden fehlte, obwohl die Stadtverwaltung vorher der Schließung des zuvor bestehenden barrierefreien Zugangs von Osten zugestimmt hatte.

Die dann erfolgte Errichtung des Podestes auf Grund der 2023 erteilten Genehmigung im Dezember 2024 zeigte dann, dass das Podest in seiner Übergröße augenscheinlich als ästhetisch, denkmalpflegerisch, städtebaulich mehr als problematisch ist, für den Fußgängerverkehr aber katastrophal. Grundsätzliche Planungskriterien waren nicht erfüllt, der Bürgersteig „zugebaut“ und damit waren erhebliche Gefahren für Fußgänger, körperlich eingeschränkte Personen, Rollstuhlfahrer, Personen mit Kinderwagen gegeben.

Leider wurde von der Verwaltung 2023 die Genehmigung ohne Einbezug der politischen Gremien, des Gestaltungsbeirats, der Denkmalpflege GDKE Mainz erteilt. Die Vorgaben für einen städtebauliche Vertrag von 2019 wurde in den dortigen Bestimmungen verletzt.

Als Ausweg aus der Misere – die rechtswidrig gegen den Ratsbeschluss, aber wirksam erteilte Baugenehmigung der Verwaltung – kam es dann zu einem gemeinsamen Ratsantrag der FDP, der CDU und der FWS im Rat: Ziel war die Schadensbegrenzung mit einem zumindest deutlichen Rückbau des Podestes und dafür die Einräumung einer teilweisen

Vermietung der Mittelinsel an die Postgalerie. Der Antrag fand eine Mehrheit. In Folge führte die Verwaltung dann Verhandlungen mit der Postgalerie zur Umsetzung dieses Beschlusses. Das Zwischenergebnis dieser Verhandlungen wurde dann im Bauausschuss vom vorgestellt. Die erzielten Ergebnisse waren völlig unzureichend, eine beigelegte Skizze nicht aussagekräftig. Insbesondere wurde aber der Rückbau des Podestes um nur ca. 1 m von der Postgalerie in Aussicht gestellt. Dies wurde vom Ausschuss als völlig unzureichend gerügt, im Protokoll auch so verankert und Nachverhandlungen verlangt.

Über solche Nachverhandlungen wurde dann allerdings in den politischen Gremien nicht mehr vorgetragen. Stattdessen wurde auf der Mittelinsel inzwischen eine Außensitzfläche eingerichtet, deren Bedingungen jedoch unklar sind und nicht kommuniziert wurden.

Daher die Bitte zur Beantwortung folgender Fragen.

1. Richtet sich die Genehmigung der Außensitzfläche nach den Vorgaben der Sondernutzungssatzung der Stadt Speyer, wie diese auch für die übrigen gastronomischen Flächen des Bereichs Maximilianstraße gelten (Gebühren/Zeitdauer etc.) ?
2. Welche qm-Fläche liegt der Sondernutzung zu Grunde ?
3. Wer hat die Pflanzkübel gestellt/bezahlt und er unterhält diese?
4. Ist der Verwaltung bekannt, dass diese Außenplätze nicht barrierefrei zu erreichen sind? Kann hier Abhilfe geschaffen werden.

Zur Klarheit: nicht in Frage gestellt wird die Errichtung dieser Sitzfläche einschl. einer möglichen positiven Eingrünung. Dies entspricht dem gemeinsamen Antrag von FDP, CDU, FWS und dem Beschluss. Völlig unklar und nicht abgestimmt ist hingegen die tatsächlich erfolgte Ausführung.

Der Platz wirkt nun völlig desolat zugestellt, ungeordnete Fahrrad- und Motorrad-Abstellplätze, kaum mehr zugänglich. Letztlich ungeordneter denn je.

Daher mit Bitte um Beantwortung folgender Fragen:

5. Warum wurde in den politischen Ausschüssen hier keine Planung vorgelegt und abgestimmt?

Dem Vernehmen nach soll nun im September ein Rückbau des Podestes um nur ca. 1 m erfolgen. Dies widerspricht den Forderungen des Bauausschusses und wurde bisher auch von der Verwaltung weder klar kommuniziert noch in den Ausschüssen besprochen.

6. Wie weit wird nach der Einigung das Podest wirklich zurück gebaut?
7. Warum erfolgte ein Rückbau des Podestes nicht zeitgleich mit der Errichtung der Sitzflächen auf der Mittelinsel?

Wir weisen auf folgendes hin:

Die jetzige Situation auf dem Postplatz ist unbefriedigender denn je. Ein Rückbau um nur ca. 1 m würde sich schon allein aus rechtlichen Vorschriften verbieten: Ein barrierefreier

Weg muss bei Befahrung in einer Richtung nach DIN 18040 mindestens 1,50 m breit sein, muss 50 cm Abstand zu einer Bordsteinkante haben und 20 cm von festen Einbauten entfernt sein (Podest mit herausstehenden Schrauben). Somit ergeben sich also minimal allein schon ein Abstand von 2,50 m von der vorhandenen Bordsteinkante. Da dieser Bereich jedoch zweifelsfrei gegenläufig befahrbar sein muss, erweitert sich dieser Abstand auf minimal um 30 cm auf dann 2,50 m. Dies müsste also die Maßgabe sein für einen Rückbau der Anlage sein.

Die Mittelinsel ist durch die desolate Abstellung von Fahrrädern und Motorrädern kaum noch zugänglich, selbst der freie Platzbereich für die Öffentlichkeit kaum noch nutzbar und erreichbar. Ganz abgesehen von dem völlig unbefriedigenden optischen Bild dieses stadtbildprägenden historischen Platzes.

Aus diesen Gründen bitten wir den Rat um folgende Beschlussfassung:

1. Der Rat möge beschließen, dass zeitnah und vor dem Umbau des Podestes ein aussagekräftiger Plan zur Reduzierung des Podestes unter Beachtung obiger Mindestabstände vorgelegt und im Bauausschuss besprochen wird. Gegebenenfalls anfallende Kosten zu einem Umbau, die durch die Stadt zu tragen wären, sind darzustellen (z. B. Bordsteinkante).
2. Der Rat möge beschließen, dass zeitnah ein schlüssiges Konzept zur Unterbringung von Fahrrädern und Motorrädern im Bereich des Postplatzes und der näheren Umgebung (z.B. Gutenbergstr., Mathäus-Holtz-“Platz“, Heydenreichstr. und angrenzende Bereiche) in ausreichender Zahl im Bauausschuss vorgetragen und beraten wird um ein geordnetes Erscheinungsbild und eine gute Nutzung zu ermöglichen
3. Der Rat möge beschließen, dass eine klare Zeichnung der Mittelinsel mit dem gastronomischen Bereich und der uneingeschränkten Nutzung durch die Bürger erstellt wird, unter Einbezug einer möglichen barrierefreien Nutzung diese Bereichs (ein möglicher Gesamtumbau des Postplatzes wird noch etliche Jahre/Jahrzehnte beanspruchen, falls er überhaupt je kommt(Finanzierung). So lange kann der jetzige Zustand allein schon aus touristischen, städtebaulichen Gründen nicht andauern.

Mit freundlichen Grüßen
Claus Ableiter

Fraktionsvorsitzender

3 Anlagen